

...fürchten die WI-Grünen



Die öffentlichen Auskünfte des staatlichen Schulamts zur Rechtslage der verwendeten Antragsformulare bei der Wahl der weiterführenden Schulen sind offenbar nicht korrekt, zumindest tendenziös und verunsichern unnötig Eltern, welche ihre Kinder auf eine Integrierte Gesamtschule (IGS) schicken möchten, kritisieren die GRÜNEN der WI-Rathausfraktion, das Vorgehen des staatlichen Schulamts bei der aktuellen Debatte zur Schulwahl.

Im Hessischen Schulgesetz heißt es eindeutig, dass, wenn der Bildungsgang sowohl schulformbezogen als auch integriert angeboten wird, die Eltern zwischen beiden Formen wählen können müssen.

„Der Blick über den Tellerrand, z.B. nach Frankfurt, zeigt, dass es selbstverständlich möglich ist, die Integrierte Gesamtschule als Bildungsgang auszuwählen. Offenbar kann das staatliche Schulamt Frankfurt etwas, was das für Wiesbaden zuständige nicht kann“, meint die schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion, Dorothee Andes-Müller.

„Mit Mühe und Not haben wir GRÜNE die Elternbefragung zu G8/G9 in Wiesbaden erkämpft. Allein dafür hätte das staatliche Schulamt den Inhalt für das Antragsformular überdenken müssen. Denn im aktuell verwendeten Formular wird nicht gefragt, ob G8 oder G9 präferiert wird“.

Die Wiesbadener GRÜNEN fordern, dass der zuständige Hessische Kultusminister, Prof. Dr. Lorz dafür Sorge trägt, dass aus seinem Amtsbereich heraus keine Irritation der Eltern erfolgt, welche sich explizit für eine IGS als weiterführende Schule oder eine acht- oder neunjährige Gymnasialzeit entscheiden möchten.

Negative Folgen für IGS und G8/G9...

Mittwoch, den 07. Januar 2015 um 19:03 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 07. Januar 2015 um 19:09 Uhr

Der Minister muss unverzüglich sicherstellen, dass die Eltern in Wiesbaden ihren IGS- bzw. G8/G9-Wunsch klar zum Ausdruck bringen können, so heißt es abschließend.